

1 Vorbemerkung

Diese Arbeit befasst sich mit einem Thema, das bislang weder im Strafrecht noch in der Kriminologie besondere Aufmerksamkeit gefunden hat. Es geht um das Non-Punishment-Prinzip (NPP). Ihm zufolge sollen Opfer von Menschenhandelstaten für Straftaten, die sie selbst im Rahmen der Menschenhandelssituation begangen haben, unter bestimmten Voraussetzungen nicht bestraft werden. Eingang in das deutsche Strafrecht hat dieses Prinzip durch § 154c Abs. 2 StPO gefunden.

Ob und inwieweit es sich bei dem NPP um ein rechtlich verbindliches Prinzip handelt, worauf es überhaupt gründet und ob das deutsche Recht ihm mit § 154c Abs. 2 StPO ausreichend Rechnung trägt, liegt bislang noch weitgehend im Dunkeln. Gleiches gilt für die Klärung der (empirischen) Frage nach der Anwendung dieses Prinzips und möglichen Anwendungsproblemen in der Praxis.

Zur Schließung dieser Forschungslücken will die vorliegende Studie einen Beitrag leisten. Ihre Besonderheit liegt in der Verbindung einer rechtsdogmatischen Analyse des NPP (2) mit einer empirisch-kriminologischen Betrachtung der Anwendungspraxis (3). Die Ergebnisse aus den beiden Teilen dieser Arbeit münden in einen Vorschlag zur Reform des § 154c Abs. 2 StPO (4).

